Nummer 103 Halle, Sonntag, den 3. Mai 1925 60. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.60 Goldmark, durch Ausgabestellen ohne Botenlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark u. 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß für Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus: Neue Promenade 12 u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Draht-Anschrift „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Wie wir erfahren, findet die Amtseinführung und die Eidesleistung des neuen Reichspräsidenten am Dienstag, den 12. Mai, 12 Uhr mittags im Reichstag statt.

*

Die Maifeier der Sozialisten und Kommunisten ist nach den bisherigen Meldungen überall im Reich bei mäßiger Beteiligung ruhig verlaufen. In Beuthen (Oberschlesien) kam es zu einer Schlägerei mit Angehörigen von Nechtsorganisationen.

Auch in Frankreich verlief der Tag ruhig. In Paris waren wegen der letzten schweren kommunistischen Ueberfälle große Vorsichtsmaßregeln getroffen und die Truppen in den Kasernen zusammengezogen und Umzüge verboten.

*

Das Deutsche Funkkartell und alle ihm angeschlossenen Amateurverbände und -Vereine in ganz Deutschland haben einen öffentlichen Aufruf an die Regierungen aller Kulturstaaten, an alle Sendegesellschaften und Amateurvereinigungen der ganzen Welt gerichtet, für die Aufhebung des Verbots von Radioempfang im besetzten Gebiet einzutreten, in dem sie darauf hinweisen, daß ein ungeheurer Teil eines hochkultivierten Volkes durch die Besatzungsbehörden von der Teilnahme am Empfang wertvoller kultureller Güter ausgeschlossen und nicht imstande sei, der Entwicklung zu folgen.

*

Im Anschluß an die gestern gemeldete Reichstagsrede des Finanzministers Schlieben traten die Fraktionen zu Besprechungen über die vom Reichsminister angekündigten neuen Steuern zusammen. Wie wir zuverlässig erfahren, zeigte sich in allen Fraktionen lebhafte Gegnerschaft wider die angekündigten neuen Belastungen von Bier und Tabak.

*

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat eine Vorlegung aller Festprogramme der Gemeinden und Organisationen über die anläßlich der Jahrtausendfeier beabsichtigten Festfeiern und Veranstaltungen angefordert.

*

Das Einreiseverbot für Deutsche nach dem ehemaligen Deutsch-Ostafrika läuft am 4. Juni ab. Wie Nachrichten aus London und aus Ostafrika besagen, ist eine Verlängerung des Verbots nicht beabsichtigt. Die Deutschen dürfen sich also in dem ehemals deutschen Teil von Ostafrika wieder niederlassen.

*

In den Berliner Hotels Esplanade und Bristol sind 16 englische Industrielle eingetroffen, um über Kredit- und Finanzfragen mit der deutschen Industrie zu verhandeln.

*

Zur Präsidentenwahl in Deutschland weist die „Washington Post" darauf hin, daß die Börse sich rasch erholt habe und daß weder in London noch in Paris eine Panik ausgebrochen sei. Deutschland sei auf dem Wege des Fortschrittes. Wenn irgend jemand in Deutschland wisse, daß das Land den Frieden braucht, so sei es Hindenburg; er sei der letzte in Deutschland, der den Krieg wünsche. Aber er sei ein Mann von Mut und er sei ein Gegner der Kommunisten. So sei die Aussicht für bessere Zeiten in Europa, soweit Deutschland in Frage komme, sehr gut.

*

Aus Rom wird gemeldet, daß in zunehmendem Maße Wien als Zentrale für ungünstige Nachrichten über nationale Bewegungen in Deutschland bemerkbar wird. Diese Nachrichten werden leider hier geglaubt, wenn auch die große italienische Presse andauernd freundliche Haltung bewahrt.

— Es ist sehr wichtig, festzustellen, von welcher Seite diese Wiener Meldungen ausgehen. Bekanntlich gab es gegen Kriegsende in Wien Kreise um die Kaiserin Zita, die ähnlich arbeiteten, und bisher ist die vielfach gebrachte Behauptung nicht widerlegt, daß Erzberger diesen Kreisen nicht ferngestanden habe.

*

Die bulgarische Regierung hat einen Kredit von 10 Millionen Lewa genehmigt, der unter die bei dem Bombenattentat in der Kathedrale verletzten Personen verteilt werden soll. Die Gesamtzahl der Opfer, einschließlich der in den Krankenhäusern Gestorbenen beträgt 208. Die bulgarischen Blätter veröffentlichen das Beileidstelegramm des Deutschen Reichstages zum Attentat in der Kathedrale. Das Telegramm hat in allen Kreisen einen tiefen Eindruck hervorgerufen.

*

Nach einer Sofiaer Meldung soll ein Anschlag auf den bulgarischen König vereitelt worden sein. Offizieren gelang es, festzustellen, daß der königliche Palast unterminiert war, um ihn in die Luft zu sprengen. Die Arbeiten sollen schon fast vollendet gewesen sein. Eine Bestätigung dieser Meldung bleibt abzuwarten.

Dr. Luther über die Ruhrentschädigungen.

Die Reichsregierung wollte einen klagbaren Anspruch geben
Die Sozialdemokraten waren einverstanden.

Im Ruhruntersuchungsausschuß wurde Reichskanzler Dr. Luther heute über die Frage gehört, welcher Art die Bindungen gewesen sind, die damals zwischen der Reichsregierung und den Ruhrindustriellen eingegangen worden sind. Hierzu erklärt Dr. Luther: Der Zweck des damaligen Abkommens war, nach den ausdrücklichen, von den Vertretern der Sechserkommission geäußerten Wünschen eine Erklärung der Reichsregierung herbeizuführen, auf Grund deren der Kohlenbergbau sich Kredite beschaffen konnte. Wir haben ohne jeden Zweifel nach Lage der Dinge der anderen Seite einen Anspruch geben wollen, der unmittelbar klagbare Rechte erzeugte. Nach dem Inhalt der damaligen Erörterungen ist die Möglichkeit gar nicht erwogen worden, daß die Reichsregierung bei der Wahl eines anderen Reichstages diese Versprechung etwa nicht erfüllen könnte. Die Zahlungen sollten nach Sanierung der Reichsfinanzen erfolgen.

Die Abmachung mit den Ruhrindustriellen war nicht eine politische in dem Sinne, daß man über die Sache in Wirklichkeit erst später entscheiden wollte, sondern es war eine Abmachung, die die Grundlage für ein Geldgeschäft darstellen sollte, und die ihrer Idee nach die Zurückgewährung von Leistungen darstellen sollte, die die Ruhrindustriellen für das Reich gemacht hatten.

Als nächster Zeuge wird **Abgeordneter Robert Schmidt** vernommen, der in der fraglichen Zeit Minister für Wiederaufbau war. Auf die Frage des Abg. Stöcker (Komm.), weshalb die sozialdemokratischen Minister zu den Vorverhandlungen nicht zugezogen worden seien, bekundet Abg. Schmidt, daß er an den mündlichen Verhandlungen mit der Sechserkommission nicht teilgenommen habe und deshalb in der entscheidenden Kabinettssitzung gegen den Abschluß der Abmachungen Einspruch erheben wollte. **Eine Ablehnung habe er aber nicht aussprechen wollen, weil er natürlich auch ein Interesse an dem Zugangkommen der Industrie gehabt habe. Der Innenminister Sollmann habe sich seinem Standpunkt angeschlossen.** Daß er und seine sozialdemokratischen Kollegen auch zu den Vorbesprechungen nicht hinzugezogen worden waren, sei ihm nicht aufgefallen, da seine Kollegen mit der Sache nichts zu tun gehabt hätten.

Es wird dann beschlossen, Reichsfinanzminister Dr. v. Schlieben und Ministerialdirektor v. Brandt zu vernehmen. Die nächste Sitzung wird voraussichtlich am Donnerstag kommender Woche stattfinden.

Was geht im Mittelmeergebiet vor?

Unruhen in Aegypten?

Mailand, 2. Mai. (Privattelegramm.) Aus Malta sind nach Alexandrien zwölf englische Kriegsschiffe mit versiegelter Ordre ausgelaufen. Ob es sich um Uebungszwecke handelt, erscheint fraglich, da die telegraphische Verbindung von Italien nach Aegypten seit gestern stundenlang unterbrochen ist.

— Diese Nachricht ist um so bemerkenswerter, als in der englischen Presse in letzter Zeit vielfache Nachrichten über Umorganisation und Konzentrierung der englischen Besatzungstruppen in Aegypten auftauchten, die lebhafte Beunruhigung im Publikum hervorriefen.

Frankreich und Marokko.

Paris, 1. Mai. Aus Rabat werden Einzelheiten über Kämpfe gemeldet, die in Französisch-Marokko zwischen den französischen Truppen und den Truppen der Rifleute stattgefunden haben. Im Westen sind die französischen Streitkräfte in der Gegend von Ouled Kacim vorgedrungen. Die Flugzeugabteilungen haben den Angriff unterstützt und eine starke feindliche Abteilung, der sich gewisse Teile von Stämmen, die an der französisch-spanischen Grenze in Marokko wohnen, angeschlossen haben sollen, unter schweren Verlusten für den Feind zurückgeworfen. Im Osten sei ein regelrechter Angriff der Rifleute auf Kissane erfolgt. Er soll ebenfalls mit großen Verlusten für den Feind zurückgeworfen worden sein.

Paris, 2. Mai. Havas veröffentlicht eine offenbar offizielle Meldung aus Rabat, nach der die Angriffe der Aufständischen in Marokko auf der ganzen Linie eingesetzt haben, ohne indes die französischen Truppen in ihrer Konzentrationsbewegung zu hindern. Havas meldet aus Tanger: **Ein Unterführer Abd el Krims, des Oberhauptes der Marokkaner, der sich vor Tetuan befand, ist in aller Eile nach Tetuan abgereist, um dort eine Abteilung Truppen zusammenzustellen, deren Verwendung unbekannt ist.**

Sollte es Frankreich wirklich gelingen, einen großen Aufstand der Rifleute zu provozieren, um einen Vorwand zu haben, ganz Marokko an sich zu reißen? Und was wird England dann sagen, wenn Frankreich von der marokkanischen Küste aus die Meerenge von Gibraltar, den Zugang zum Mittelmeer, beherrscht? Das kann einen sehr ernsten Konflikt geben.

Konflikt in der Botschafterkonferenz.

Der „Corriere della Sera" meldet aus Paris: Die bisherigen Ergebnisse im Botschafterrat sind nicht länger zu verheimlichen: **die unbedingte Fortsetzung der Militärkontrolle in Deutschland ist gegen die Stimme Frankreichs abgelehnt worden.**

Der nunmehr zwischen den alliierten Regierungen neu eingeleitete Meinungsaustausch betrifft lediglich die Frage, ob die Militärkommission sofort aus Deutschland zurückkehren und der Völkerbund an ihre Stelle treten soll oder ob die Kommission des Generals Walch noch die Entwaffnung Deutschlands durch Abschluß der bereits eingeleiteten Maßnahmen durchzuführen hat.

Dazu meldet Reuter aus Paris, daß nunmehr anstelle der Botschafterkonferenz die alliierten Regierungen selber von Frankreich über die Fortsetzung der Militärkontrolle befragt werden sollen.

Forderungen der englischen Arbeiter.

Wie „Daily News" meldet, hat die englische Arbeiterpartei in ihrer Donnerstagsitzung folgenden Vorschlägen des Präsidiums einstimmig zugestimmt: Einführung eines Minimallohns in Großbritannien. Sozialisierung des Kohlenbergbaus und erhöhte parlamentarische Aktivität für die vertragliche Räumung der englischen Zone in Deutschland.

— Daß die englischen Arbeiter für Räumung Kölns eintreten, ist sehr erfreulich. Daß sie Sozialisierung des Bergbaus wünschen, ist nicht minder erfreulich — sofern wir Deutschen es nicht nachmachen. Denn die Sozialisierung bedeutet Verteuerung der englischen Produktion und damit Rückgang des englischen Kohlenabsatzes. Dadurch gewinnt dann unser deutscher Bergbau neue Absatz- und also auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten.

England gegen den Achtstundentag.

Im Unterhaus brachte das Mitglied der Arbeiterpartei, Buchanan, einen Gesetzesantrag auf Annahme des Washingtoner Abkommens über den achtstündigen Arbeitstag ein.

Darauf erklärte der Staatssekretär des Arbeisamtes, Sir Steele Maitland, daß der Antrag im Interesse der britischen Industrie als Vermittlung in den zahlreichen Abkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unmöglich sei. Er wolle jedoch im Falle der Notwendigkeit weitere Besprechungen mit anderen Ländern über die Ratifikation des Washingtoner Abkommens führen; allerdings sei die Annahme, daß einer Ratifikation des Abkommens durch Deutschland, Frankreich und Belgien notwendigerweise die Ratifikation durch England folgen müsse, nicht gerechtfertig. (!!)

Der Antrag wurde schließlich mit 223 gegen 128 Stimmen abgelehnt.

Vor einem Kulturkampf?

Immer wieder ist, besonders in den katholischen Kreisen, die die Zentrumspolitik mißbilligen, die Befürchtung ausgesprochen worden, daß die Zentrumspartei zu einem neuen Kulturkampf in Deutschland treibe, um ihre in der Revolutionszeit errungene Machtstellung gegenüber der protestantischen Mehrheit unseres Volkes zu festigen. Dabei benutzt das Zentrum die altbewährte Taktik des „Haltet den Dieb", d. h. sie wirft den protestantischen Kreisen die Absicht vor, die sie selber hat: einen Kulturkampf zu beginnen. In diesem Zusammenhang ist die nachstehende Darstellung unseres Wiener Korrespondenten von ernster Bedeutung, da ja Oesterreich von je die Hochburg und die Ausfallspforte des kämpferischen Klerikalismus war.

Unser Berichterstatter schreibt:

„Die kulturelle Krise Deutschlands, die sich während des Präsidentschafts-Wahlkampfes offenbarte, wird von dem führenden klerikalen Organ Oesterreichs, der „Reichspost", als viel tiefergehend und nicht so vorübergehender Natur, wie die politische Krise zwischen links und rechts bezeichnet. Der katholische Deutsche stehe mit Trauer und Bestürzung vor zwei Tatsachen: Vor der Spaltung im eigenen Lager und vor dem Heranstürmen einer Flutwelle des Hasses aus dem protestantischen Deutschland, das den katholischen Kandidaten mit einer Flut niederrigster Schmähungen überschüttete, ein Rückfall in die traurigsten Zeiten religiöser Unduldsamkeit. Mit wenigen Ausnahmen habe sich der stark zersplitterte Protestantismus in Deutschland im Zeichen der Präsidentenwahl gegen den Zentrumskandidaten zusammengeschlossen und dem politischen Gegensatz von Haus aus den Charakter eines religiösen Kampfes verliehen. Ein tiefer Riß sei im katholischen Deutschland zutage getreten, indem die größte katholische Partei Bayerns sich für den Kandidaten des Ev. Bundes erklärte, der alles Katholische begeifert. Die Haltung des katholischen München ist bezeichnend für diese kulturelle Krise in Deutschland. Die tiefgehende Spaltung unter den deutschen Katholiken sei eine der bedenklichsten Erscheinungen und sicherlich nach Größe und Dauer die folgenschwerste für Deutschland. Das große Einigungswerk unter den Katholiken Deutschlands erscheine ernstlich bedroht. Wenn die Präsidentschaft Hindenburgs im Zeichen des Kulturkampfes beginne und hierbei überdies die deutschen Katholiken trotz der drohenden Gefahren uneinig und in verschiedenen Lagern bleiben sollten, so würde sich für die kulturelle Zukunft Deutschlands ein trüber Ausblick eröffnen."

Das Bedenkliche an dieser Darstellung der „Reichspost" ist, daß sie die Tatsachen bewußt entstellt. Wohl ist bei dem Wahlkampf mitunter auch aus protestantischen Erwägungen heraus gegen Marx Front gemacht worden. Aber es geschah durchaus nicht mit dem von der „Reichspost" unterstellten Ziel, den Katholizismus in Deutschland irgendwie zu verdrängen, sondern lediglich mit dem Ziel, dem Protestantismus — gegenüber dem aggressiven Vordrängen des katholischen Klerikalismus in den vergangenen Jahren seit Erzberger — seine bisherige Stellung zu erhalten. Auch im Wahlkampf war der Protestantismus lediglich in der Verteidigung, und Angreifer war das Zentrum. Das ist auch der Grund, weshalb viele katholische Kreise Deutschlands gegen Marx für Hindenburg gestimmt haben. Auch die „Reichspost" befolgt mit ihrer Darstellung lediglich das „Haltet den Dieb" und sie greift damit den Protestantismus in so schwerer Weise an, daß man befürchten muß, daß ihre Ausführungen der Auftakt zu dem seit langen herbeigewünschten Kulturkampf sind.

Die Niederlage des Herrn Marx, die für die Kulturkampfpläne gewisser Kirchenkreise eine schwere Enttäuschung ist, wie die erbitterte Tonart der „Reichspost" verrät, wird hoffentlich den schlimmen Plänen einen Riegel vorschieben. Und Hindenburg steht nicht nur über den politischen Parteien, sondern seinem freien, allumfassenden Vaterlandsgefühl liegt auch jeder Kirchenfanatismus fern. So wird er uns nicht nur ein Hort des politischen Friedens sein, sondern auch des konfessionellen Friedens, der von allen wahrhaft Deutschen, gleichviel welcher Kon-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250503018/fragment/page=0001

fession, erstrebt wird, und der niemals von protestantischer Seite beeinträchtigt werden wird, wenn nur die katholische Kirche darauf verzichtet, das Werk Luthers durch eine Gegenreformation ungeschehen zu machen und die protestantisch gewordenen Länder zurückzuerobern.

Die Gefahr, daß das Zentrum einen Kulturkampf heraufbeschwört, ist deshalb so groß, weil der Kampfruf „Die Kirche ist in Gefahr" ihm die einzige zureichende Aussicht bietet, den immer drohender werdenden Zerfall der Partei nach rechts und links noch einmal zu verhindern.

Das Zentrum im Reich vorläufig gegen Kulturkampf?

Marx an Hindenburg und an die Volksblockwähler.

Marx hat an Hindenburg ein Schreiben gerichtet, in dem er u. a. sagt:

„Das deutsche Volk hat Ew. Exzellenz zum Reichspräsidenten gewählt. Es entspricht dem Geiste echter Demokratie, daß nunmehr jeder, der sich zu ihr bekennt, zur Entscheidung der verfassungsmäßigen Mehrheit des Volkes steht. Darum ist es mir ein Bedürfnis, Ew. Exzellenz meinen aufrichtigen Wunsch und die Hoffnung auszusprechen, daß unter Ihrer Präsidentschaft das deutsche Volk die innere Ruhe und den äußeren Frieden finden möge, wonach unser aller Streben geht."

Weiter hat Marx an die Parteien und Wähler des „Volksblocks" eine Kundgebung erlassen, die nicht ganz so erfreulich ist. Er schreibt darin u. a.:

Generalfeldmarschall von Hindenburg ist zwar nicht mit absoluter Mehrheit zum Reichspräsidenten gewählt, aber infolge der staats- und arbeiterfeindlichen Haltung der kommunistischen Partei hat sich doch eine relative Mehrheit des deutschen Volkes für den Kandidaten des Reichsblocks ergeben. Es ist für uns indes ein stolzes Bewußtsein, daß die Wähler des Volksblocks sich von klarer politischer Erkenntnis leiten ließen. Sehr viele Wähler des Reichsblocks aber, von denen nicht wenige dasselbe wollen wie wir, haben sich aus unpolitischen Stimmungen zur Wahl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg entschieden, hinter dem Männer, Gruppen und Schichten stehen, die in ihren innen- und außenpolitischen Wünschen und Forderungen auseinanderfallen.

Es wird auch weiterhin die Pflicht der Republikaner sein, jetzt erst recht fest zusammenzustehen, um der Idee, für die wir gekämpft haben, zum endgültigen Siege zu verhelfen.

Wir haben dem Gegner niemals die gebührende Achtung versagt, wir haben ihm niemals die vaterländische Gesinnung abgestritten, wir haben niemals durch Entfachung konfessioneller Leidenschaften unserer Sache zu dienen versucht.

Das ist in vorsichtig verkleideter Form eine Kampfansage, die recht wenig zu dem Gruß an Hindenburg paßt. Auch der neueste Vorwurf konfessioneller Angriffe der Hindenburgwähler ist in Wirklichkeit selbst ein konfessioneller Angriff.

Daß im übrigen das Zentrum sich noch nicht endgültig für Kulturkampf und Kampf gegen Hindenburg entschieden hat, ergibt ein Artikel „Einigung" des offiziellen Zentrumsorgans „Germania", in dem es heißt:

„Der neugewählte Präsident der Republik, Hindenburg, hat sich nach seiner Wahl dahin geäußert, daß es für ihn jetzt keinen Reichsblock mehr gebe, sondern nur noch ein deutsches Volk in seiner Gesamtheit. Also der Ruf zur Sammlung ergeht! Der Präsident kann sicher sein, daß dieser Ruf nicht ungehört verhallen wird. Hindenburg wird, wenn er sich für die Einigung Deutschlands einsetzt, von keiner Seite sympathischere Zustimmung finden als in der parteipolitischen Mitte."

Hoffentlich gelingt es, den drohenden schweren Konflikt, über dessen Gefahr die Debatte im Preußischen Landtag keinen Zweifel läßt, zu bannen. „Deutschland, Deutschland über **alles**" muß die Parole sein und bleiben.

Hindenburg an Marx.

Reichspräsident von Hindenburg richtete an den Reichskanzler a. D. Marx folgendes Schreiben:

„Hannover, den 1. Mai 1925.

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Für Ihr freundliches Schreiben, das Sie am 28. April an mich zu richten die Güte hatten, spreche ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank aus. Ich ersehe aus ihm zu meiner Freude, daß Sie auf dem gleichen Standpunkt stehen, den auch ich selbstverständlich im Falle Ihres Sieges bei der Wahl eingenommen haben würde. Ihre Wünsche für unser schwer darniederliegendes Vaterland sind die meinigen. Mögen sie sich erfüllen durch restlose einigende Arbeit aller, denen Deutschland höher steht als die Partei.

Mit der Versicherung meiner besonderen Hochachtung bin ich Ihr ergebener

(gez.) von Hindenburg,
Generalfeldmarschall."

Wie hat Preußen bei der Präsidentenwahl gewählt?

Wie vom amtlichen Preußischen Pressedienst mitgeteilt wird, sind nach amtlicher Zusammenstellung auf Grund des vorliegenden Ergebnisses der Reichspräsidentenwahl am 26. April im Freistaat Preußen insgesamt 19 054 502 gültige Stimmen abgegeben worden. Von diesen entfallen auf

Generalfeldmarschall v. Hindenburg	8 827 155,
Reichskanzler a. D. Marx	8 984 030,
Thälmann	1 231 451,
Zersplittert waren	11 866.

Nach Prozenten berechnet hat Hindenburg 46,3, Marx 47,1 und Thälmann 6,5 Prozent der Stimmen erhalten.

Man ersieht aus diesen Zahlen, wie notwendig es ist, daß jeder preußische Wähler seine Rechte wahrt, wenn es in Preußen zur Neuwahl des Landtags kommt, und er verhindern will, daß die rote Mißwirtschaft weitergehen soll. Aber wenn Preußen als führendes Land des Reichs sich nur noch einen ganz kleinen Ruck geben in der Richtung auf Hindenburg, dann ist es mit der roten Inflation bei uns vorbei, und es gibt endlich wieder ruhige und gesunde Verhältnisse — und billiges Wirtschaften der Staats- und Gemeindebetriebe, d. h. niedrigere Steuern.

Technische Nothilfe und rote Gewerkschaften.

Die Spitzenverbände der „freien", Hirsch-Dunckerschen und „christlichen" Gewerkschaften haben in einem gemeinsamen Schreiben an den Reichskanzler, das Reichsministerium des Innern, das Reichsarbeitsministerium, das Reichsfinanzministerium und an die Fraktionen des Reichstages die Forderung nach Auflösung der Technischen Nothilfe mit folgender Begründung gestellt. Die „gewerkschaftliche Erziehungsarbeit" habe in den letzten Jahren dazu beigetragen, daß die Arbeiter im Falle eines Streiks die Notarbeiten selbst ausführen (?). Damit sei die Anforderung im Reichsetat für das Rechnungsjahr 1925 mit 3 687 000 M. und einem Mehrbetrag von 367 000 M. gegenüber dem Vorjahre nicht in Einklang zu bringen. Dagegen nütze den Arbeitgebern die Technische Nothilfe wie eine Organisation zum Schutze ihrer Standesinteressen. Sie würden in dieser Auffassung nur noch bestärkt, wenn die Regierung die staatlichen Mittel für die Technische Nothilfe in noch größerem Umfange als bisher anfordert, statt den Abbau der Technischen Nothilfe vorzubereiten. In einem der ersten Aufrufe der Technischen Nothilfe heiße es: „Nichts für die Gewinn- oder Profitgier, alles nur für die Erhaltung der Arbeitsmöglichkeit eines gesunden deutschen Volkes." Dieselben Grundsätze würden von den drei unterzeichneten Spitzengewerkschaften anerkannt und praktisch geübt (?). Mithin sei die Technische Nothilfe entbehrlich und ihre Auflösung im staatspolitischen Interesse eine Notwendigkeit geworden.

Demgegenüber erklärt die Spitzenorganisation der vaterländischen Arbeitnehmerbewegung, der Nationalverband Deutscher Berufsverbände, ebenfalls in einem Schreiben an die vorgenannten Regierungsstellen und an die Fraktionen des Reichstages, daß die Aufrechterhaltung der Technischen Nothilfe dringend notwendig sei. Die unnatürlichen, klassenkämpferischen Gegensätze im Wirtschaftsleben seien im Verein mit dem gedankenlosen und kaltherzigen Teil der Unternehmer von den Gewerkschaften wieder ständig verschärft worden. Außerdem werde durch das Wiedereinströmen der Kommunisten in die Gewerkschaften eine weitere Radikalisierung des Gewerkschaftskampfes herbeigeführt. Ferner müsse die vom nächsten Jahre ab schwer fühlbare Belastung des deutschen Volkes mit den Sklavenlasten der Ausführungsbestimmungen des Versailler Diktats (Daweslasten) die Not des deutschen Volkes weiterhin verschärfen und damit radikaler Streikhetze in Stadt und Land neue Nahrung geben. Auch könnten die von den drei Gewerkschaftsrichtungen für die Auflösung der Technischen Nothilfe angeführten sonstigen Gründe nicht als allgemein zutreffend anerkannt werden. Infolgedessen sei der von der Reichsregierung angeforderte Mehrbetrag für die Technische Nothilfe eher als zu gering denn als zu hoch anzusehen.

Gerade im Interesse der ärmeren Volksschichten müsse die Aufrechterhaltung der Technischen Nothilfe gefordert werden, damit die Technische Nothilfe der Linderung derjenigen Streiknöte der breiten Volksmassen ausreichend dienen kann, die selbst sozialdemokratische Minister zur Gründung der Technischen Nothilfe gezwungen haben.

Der Reichstag gegen die „Einheitskurzschrift".

Der Bildungsausschuß des Reichstags hatte am 3. April in einer vierstündigen Sitzung sich mit der Einheitskurzschrift beschäftigt und dann den Beschluß gefaßt, wonach weitere Maßnahmen zur Einführung der Einheitskurzschrift so lange ausgesetzt werden sollen, bis eine Ueberprüfung und Aenderung des Systems erfolgt ist. Gegen diesen Beschluß hatte der Staatssekretär im Reichsministerium des Innern, Schulz, Stellung genommen und in der Presse sowie in amtlichen Auslassungen erklärt, der Beschluß des Bildungsausschusses sei ohne Bedeutung.

Nunmehr hat der Bildungsausschuß des Reichstags in einer Sitzung, die am 29. April stattfand, seinen Beschluß vom 3. April aufrechterhalten. Das Vorgehen des Staatssekretärs Schulz wurde von verschiedenen Seiten, u. a. von dem Abgeordneten Dr. Schreiber (Zentrum) und Leicht (Bayerische Volkspartei), einer scharfen Kritik unterzogen und als ungewöhnlich bezeichnet. Vom Vorsitzenden des Ausschusses, dem Abgeordneten D. Mumm (Deutschnationale Volkspartei), wurde festgestellt, daß der Beschluß des Bildungsausschusses in der Frage der Einheitkurzschrift endgültig gefaßt sei und eine Zurücknahme der dagegen gerichteten Verlautbarungen des Staatssekretärs Schulz erwartet werden.

Altersrente für Privatlehrerinnen.

Die deutschnationale Landtagsfraktion hat im Interesse der Privatlehrerinnen folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, in den Etat des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung einen Posten einzustellen, aus dem den ehemals in der Allgemeinen Pensionsanstalt für Lehrerinnen und Erzieherinnen versicherten Privatlehrerinnen eine Altersrente gezahlt wird. gez. A. Lehmann und die übrigen Mitglieder der Deutschnationalen Fraktion.

Gegen wen rüsten die Tschechen?

Aus der Tschechoslowakei kommen beunruhigende Nachrichten: Die Tschechoslowakei hat bei rund 13 bis 15 Millionen Einwohnern ein stehendes Heer von 150 000 Mann. Daß dieses Heer neuerdings auf 90 000 Mann heraufgesetzt sei, wie die tschechische Presse behauptet, ist irreführend: Durch Herabsetzung der Militärdienstzeit von zwei Jahren auf 1½ Jahre tritt lediglich für die Zeit vom 1. April bis 1. Oktober eine Herabsetzung auf 90 000 Mann ein; durch stärkere Einberufung wird jedoch alsdann die Zahl von 150 000 Mann wieder aufgefüllt; die Armee und der Generalstab werden von einer französischen Militärkommission organisiert.

Außer der regulären Armee hat die Tschechoslowakei aber eine schwarze Armee, ein Faszistenheer von 350 000 Mann, die sogenannten Sokolturner. Diese sind ganz militärisch organisiert, erhalten vom Staate Millionenunterstützungen und haben im Jahre 1919 gegen die ungarischen Sowjettruppen regulär als nationale Armee gekämpft.

Damit aber nicht genug: Vor kurzem ist in Prag der Zentralverband der tschechoslowakischen Schützenschaft gegründet worden, und zwar in gleichzeitiger Einverständnis der Regierung und der französischen Militärkommission. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man, daß die Schützen in großen Mengen französische und japanische Militärgewehre zur Verfügung gestellt erhielten und von der Regierung ausdrücklich zusammen mit den Sokolturnern als Ergänzung der offiziellen Armee gedacht sind.

Um die militärische Rüstung vollständig zu machen, wird jetzt ein Gesetz über die militärische Erziehung nach dem Muster der in Frankreich bestehenden und selbst die Mädchen umfassenden Bestimmungen vorbereitet, in den vorgesehen ist, daß diese Ausbildung durch Sokol- und Schützenvereine vorgenommen werden soll.

Mit einem Wort: Die Tschechoslowakei ist ein Volk in Waffen.

Was aber wird mit dieser geradezu phantastischen Rüstung bezweckt? Vermutlich vielerlei: Abwehr eines befürchteten Ausbruchs der russischen roten Armee; Abwehr etwaiger Versuche der Ungarn, die ihnen entrissenen Länder wiederzuholen, gewaltsame Verhinderung eines Anschlusses Oesterreichs an Deutschland; endlich innerpolitisch gewaltsame Niederhaltung und Verdrängung der nationalen Minderheiten, d. h. der Slowaken, Ungarn und der 3½ Millionen Deutschen. Der Zweck aber, den die Franzosen mit ihren gewaltigen Rüstungskrediten, mit Entwicklung einer riesenhaften tschechischen Rüstungsindustrie und mit Organisation all dieser Truppen bezwecken, ist der, Deutschland vom Süden her, und evtl. in Verbindung mit Jugoslawien, dem Bundesgenossen der Tschechen, vom Norden her, auch Italien in Schach zu halten.

Das Ganze aber nennen die Völkerbundsstaaten die Friedensengel wie Herriot und Genossen und ihre Freunde in Deutschland: Versöhnungs- und Friedenspolitik.

Das dänische Marineministerium teilt mit: Das Inspektionsschiff „Fylla" hat am 29. 4. den deutschen Fischdampfer „Borgfelde" im Gebiet bei Fürstrifflandgehalten, dessen Fischereigeräte in Unordnung waren. Der Dampfer wurde zu einer Strafe von 2000 Kronen verurteilt.

*

Aus Newyork wird gemeldet: Die Polizei löste zehn kommunistische Versammlungen in den Stadtteilen Manhattan und Bronx auf, trieb die Teilnehmer auf die Straße und beschlagnahmte die vorgefundenen Maitagflugblätter. Die Polizei hat Vorkehrungen getroffen, um am heutigen Tage etwaigeweise Ruhestörungen zu verhindern.

AUXOLIN
Schuppenbildungen
und den damit verbundenen
Haarausfall behandelt
man am zweckmässigsten mit
Auxolin-Schuppen-Pomade
von F. Wolff & Sohn, Karlsruhe.
Preis Mk. 1.25 und Mk. 2.– die Dose.
AUXOLIN

Was sich Berlin erzählt.

Der Trance-Maler Mansfeld. — Pariser Mannequins bei uns. — Mein nächtlicher Marsch mit dem Reisbanner. Halte Worte?

Je aufgeklärter wir uns dünken, desto abergläubischer werden wir. In der Lichtstadt Berlin glaubt jeder zweite Mensch an Mitteilungen von Geistern. Leider sind diese Geister meist ohne Geist, dazu technisch höchst unmodern; in der Zeit der drahtlosen Telephonie, für die ihnen der gesamte Aether zur Verfügung steht, in der Zeit des Fernschreibers und Fernsehers kaprizieren sie sich noch immer auf die Kloptöne mit Tischbeinen, und auch da benutzen sie nicht einmal das Morse-Alphabet, sondern müssen, wenn sie beispielsweise „z" angeben, für diesen Buchstaben 25 mal das Bein heben. Und wenn sie ihr Seele manifestieren, ist es kein überirdisches Leuchten, sondern geknauschter weißer Mull.

Nach dem letzten großen Hereinfall mit der ungarischen Sache, die der oberste Geistergläubige Schrenck-Notzing erlebt hat, sollte man doch wohl annehmen, daß kaum ein Zurechnungsfähiger noch Vertrauen zu irgendwelchen Medien haben könnte. Aber da braucht man bloß nach Berlin zu kommen und es sich einmal anzusehen, wie unsere großstädtische sogenannte Intelligenz, zusammenläuft, wenn ihr angeblich Geisterarbeit geboten wird; dann ist man erschüttert genug.

In der stillen Achenbachstraße im Berliner Westen existiert ein Kunsthändler, dessen Ausstellungsräume aus zwei bescheidenen Zimmern bestehen. Die Konkurrenz ist groß, das Geschäft ist flau. Helfe, was helfen mag! Hier tun es — die Geister verstorbener Maler. Sie manifestieren sich durch die Hand eines Herrn Mansfeld, der im Haag in Holland lebt, 50 Jahre alt ist und als Dekorationsmaler und — Heilmagnetiseur schlecht und recht sein Brot erwirbt. Man muß schon Dekorationsmaler sagen. Der Impresario sagt freilich: Anstreicher. Je mehr man das eigene Kunstvermögen dieses Mannes herabsetzt, desto „erstaunlicher" sind natürlich die angeblich von Geistern durch ihn vollbrachten Leistungen. Es ist die alte Geschichte. Wenn ein tüchtiger Arzt heute von seiner Praxis nicht mehr leben kann, braucht er bloß den „Dr. med." auf dem Schildchen fortzulassen und sich als Kunstjucker zu betätigen; dann hat er in der Lichtstadt Berlin in wenigen Jahren eine Grunewald-Villa. Die Masse muß es bringen, der Zulauf. Auch der „Anstreicher" Mansfeld ist verhältnismäßig billig, läßt durch die Kunsthandlung seine Bilder schon für 100 oder 200 Mark verkaufen, und arbeitet schnell: in etwa 40 Minuten ist solch ein im „Trance-Zustand" angefertigtes Gemälde durchschnittlich fertig. Es befinden sich Sachen darunter, die nicht übel sind, leuchtend dekorative und, das ist für den Plafondmaler bezeichnend, der gewissen Symmetrie nicht entbehrende Pastellmalereien besonders, die symbolische Themen anschlagen. Das Kruzifix wiederholt sich öfter. Am eindrucksvollsten eines, das mitten in einem Rauchwald großer Fabrikschlote sich erhebt. Allerlei Holländisch-Landschaftliches kommt hinzu, auch Stilleben, am wenigsten Porträt; das liegt Herrn Mansfeld oder seinen Geistern nicht, da sieht man nur hingewischte Andeutungen. Aber ganz Berlin starrt diese „Offenbarungen" an, läßt sich gläubig erklären, daß insgesamt 120 tote Maler, darunter am lebhaftesten der Holländer Maris von Mansfeld, als ihrem Werkzeug, um nach ihrem Tode der Welt noch etwas geben zu können, Besitz ergriffen haben; daß ein „Kontrollgeist", der sich Lotos nennt, in das Gebalge der 120 Ordnung zu bringen versucht; und daß unser braver Anstreicher gelegentlich sogar damit bemüht wird, dem Geist irgendeines Verstorbenen, der in dichtem Waldnebel sich verlaufen hat, den richtigen Weg aus dem Dickicht zu zeigen! Fabelhaft, was? Und dann hört man, daß Mansfeld stets nur zu „sieben Achteln" bitte, sieben Achteln, in Trance kommt, das verbleibende Achtel aber dazu benutzt, sich rechtzeitig und höchstpersönlich aus diesem Zustand wieder zu befreien.

Wenn doch die blöde Masse nur begriffe, was sie unseren Toten damit antut! Für meine Person möchte ich es mir jedenfalls energisch verbitten, daß ich im jenseitigen Leben noch von späteren Geschlechtern belästigt werde.

Fürs erste bin ich recht zufrieden damit, noch nicht als Geist, sondern leibhaftig in Berlin zu flanieren. Natürlich hat auch das seine Unannehmlichkeiten. Man stolpert hier neuerdings über so viele Franzosen beider Geschlechter, die sich gesund machen wollen. Seit gestern treten sechs Pariser Mannequins, Mädelchen von ganz unmöglich-natürlicher Schlankheit, in einem hiesigen Hotel mit ihrem Chef auf, um den Berliner Damen Pariser „Modelle" vorzuführen. Es quillt nur so von Zuschauern. Natürlich sind es fast ausschließlich Damen. Manch eine aber bringt sicherheitshalber gleich ihren Mann oder ihren Galan mit, damit er sich davon überzeuge, daß eine Dame von Welt ein Pariser Kostüm einfach haben „muß". Was, er zweifelt noch? Wahrhaftig, er zweifelt. Ich auch. Ich finde nach liebevoller Versenkung in Hunderte von Berliner Schaufenstern und nach Besuchen in Berliner Ateliers selbst, daß wir ebenso schick und erfinderisch sind wie die Pariser, nur daß sich das freilich nicht leugnen, daß jede Kursänderung im — Material zuerst in Paris vorgenommen wird. Diejenigen unserer Damen, die es ihrer Stellung in der Gesellschaft schuldig zu sein glauben, in Modeingen Tête zu sein, werden es sich also nicht nehmen lassen, nach wie vor mit Pariser Hilfe als erste in Berlin oder Hamburg oder Chemnitz oder sonstwo mit dem karierten Stoff oder der Rosenholzfarbe oder der wiederum schweren Seide aufzutauchen.

Es lohnt nicht, Leitartikel dagegen zu schreiben. Mit Vernunftgründen kommt man keiner Dame hier bei. Das gehört zum Gebiet der Gefühlsdinge. Da sind die weiblichen Wesen uns über; und schließlich müssen sie am besten wissen, womit sie uns kluge Männer betören.

Auf Diskussionen mit dem schönen Geschlecht hat schon der liebe Gott sich nicht eingelassen. Man sagt, er habe das Weib zuletzt geschaffen, weil es eben die Krone der Schöpfung sei, aber ich glaube, er hat nur deshalb so lange mit Eva gewartet, um ungestört zu sein. Zum mindesten hätte sie den lieben Gott alle fünf Minuten mit der Frage unterbrochen: „Liebst du mich?" Trotzdem bleibt es wahr, daß es dem Manne nicht gut ist, wenn er allein ist, denn das Beste, was er schafft, schafft er doch nur im Hinblick auf den Siegespreis, das stolze und glückliche Lächeln einer Frau. Er ist, wenn er es auch leugnet, applausbedürftig.

Es ist nicht nett, nicht ritterlich von der Berliner Ullstein-Presse, die welschen Dämchen, ohne sie zu warnen, so in ihr Verderben rennen zu lassen. Wäre es nicht Pflicht gewesen, auch ihnen zu sagen, daß es in Deutschland für sie äußerst gefährlich sei? Wo doch nicht erst die Wahl, sondern schon die bloße Auffstellung Hindenburgs — vor Krieg bedeutete!" Schade, daß die Welt so schnell vergißt, sonst müßte sich doch heute ein homerisches Gelächter über die Gutgläubigkeit jener Berliner erheben, die in den vergangenen Wochen auf jeden Ullstein-Schwindel hereingefallen sind. Berlin hat in diesem Sinne am ängstlichsten unter allen deutschen Wahlkreisen gewählt, hat sich also als die dümmste Stadt des Reiches erwiesen.

Auf der anderen Seite half man sich nur mit dem Farbenbekenntnis. Das hat schließlich das Aeußerste verhindert. Das Meer von schwarzweißrotem Flaggen hat doch noch auf die Masse gewirkt. Manches Schwankende fand so wieder seinen Halt. Es war ein richtiger Kampf der Fahnen. Um genug liefern zu können, mußten die Fabriken Nachtschichten einlegen. Selbst in „rein proletarischen Stadtvierteln", so klagt das sozialdemokratische Zentralorgan, hätte Schwarz-Weiß-Rot vorgeherrscht. Gegen die stündlich wachsende schwarz-weiß-rote Beflaggung am Tage vor der Wahl kam Schwarz-Rot-Gold nicht auf. Mit um so größerem Trara zog das „Reichsbanner" umher und warb mit „Hoch" und „Nieder" bis in die späte Nacht für Marx.

„Ich habe mich einer solchen „Hundertschaft" angeschlossen und bin mitmarschiert. Bei Nacht sind alle Katzen grau. Das ich kein Abzeichen trug, wurde nicht bemerkt. Zunächst habe ich festgestellt, daß kaum einer dieser Umzügler sich in wahlfähigem Alter befand; das gilt übrigens

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250503018/fragment/page=0002